

6. Oktober 2022

PDF-Darstellung der Meldung auf
www.emk.de vom 06.10.2022



Denise Courbain wurde von Bischof Harald Rückert (links) als Referentin für diakonische und gesellschaftspolitische Verantwortung verabschiedet. Einen Teil ihrer Aufgaben übernimmt Umweltberater Stefan Weiland.
Bildnachweis: Klaus Ulrich Ruof, EmK-Öffentlichkeitsarbeit

Verbindung von Frömmigkeit, Ökologie und Gesellschaft

Denise Courbain wurde als Referentin für diakonische und gesellschaftspolitische Verantwortung verabschiedet. Einen Teil ihrer Aufgaben übernimmt Stefan Weiland.

Am Dienstag, dem 4. Oktober, fand bei einer kleinen Feier in der Kirchenkanzlei der Evangelisch-methodistischen Kirche (EmK) in Frankfurt am Main die Verabschiedung von Denise Courbain statt. Die bisherige Referentin für diakonische und gesellschaftspolitische Verantwortung übernimmt im Diakoniewerk Martha-Maria in Nürnberg eine neue Aufgabe. Einen Teil ihrer bisherigen Aufgaben führt der Umweltberater und Leiter der Kontaktstelle für Umweltmanagement der Süddeutschen Konferenz, Stefan Weiland, weiter.

Bewusstsein für Klimagerechtigkeit gefördert

Harald Rückert, der für Deutschland zuständige Bischof der EmK, bedankte sich bei Denise Courbain für ihr Engagement. In den fünf Jahren ihrer Tätigkeit habe sich hinsichtlich der globalen Auswirkungen des Klimawandels und der Diskussion über Klimagerechtigkeit der Schwerpunkt Schöpfungsverantwortung herausgebildet. Die Entwicklung der »Schöpfungs-Leiter«, eines ökofairen Zertifizierungsprogramms für Kirchengemeinden und kirchliche Einrichtungen, habe dazu beigetragen, das Bewusstsein für Klimagerechtigkeit in der Kirche zu fördern.

Der besondere Ansatz dieses Programms, so Rückert, »verbindet in außergewöhnlicher Weise biblische Frömmigkeit mit ökologischem Handeln und zivilgesellschaftlicher Vernetzung«. Das mache die

Schöpfungs-Leiter »für Gemeinden interessant und in den Gemeindealltag integrierbar«. Courbain habe diesen Ansatz mit ihren Ideen und ihrem Einsatz gefördert und Gemeinden dafür gewonnen. Die Umsetzung in die Praxis zeitige erste Erfolge in Gemeinden und sei inzwischen auch über die Evangelisch-methodistische Kirche hinaus auf Interesse gestoßen.

Es geht ums »Tun, Tun, Tun«

Schöpfungsverantwortung, so Rückert, fange im Kleinen an, sodass die Umsetzung einer schöpfungsgemäßen Weiterentwicklung von Gemeindegemeinschaften dafür einen wichtigen Beitrag leiste. In diesem Zusammenhang sei es wichtig, das Thema Klimagerechtigkeit noch stärker in den Blick zu nehmen und »im Rahmen unserer Möglichkeiten mit anderen zusammen auch Einfluss zu nehmen«. Nur so werde es gelingen, dass Menschen in anderen Teilen der Welt ihre Lebensmöglichkeiten behalten könnten. »Die Not, auf die wir zu antworten haben, ist unendlich groß«, betonte Rückert. Deshalb gehe es in den Fragen von Klimagerechtigkeit und Schöpfungsverantwortung ums »Tun, Tun, Tun«. Dafür habe sich Courbain in »werbend-freundlichem Ton und geistlich motiviert und motivierend« eingesetzt und viele Menschen in den Gemeinden und in der Kirche dafür gewonnen.

Heiligung heißt auch Schöpfungsverantwortung

Einen Teil des vorherigen Arbeitsbereichs von Denise Courbain übernimmt Stefan Weiland. Der zur EmK-Gemeinde im baden-württembergischen Aalen gehörende Umweltberater wird die Weiterentwicklung und Begleitung des Umwelt-Zertifizierungsprogramms Schöpfungs-Leiter und den Bereich der Umweltberatung von Kirchengemeinden weiterführen. Rückert ist dankbar, dass Weiland als selbstständiger Umweltberater auf Honorarbasis deutschlandweit für die EmK »als Profi in diesen Fragen« Ansprechperson sein wird »und uns als Kirche sein Wissen und Engagement zur Verfügung stellt«.

Weiland seinerseits dankte für die sich in neuer Form weiterentwickelnde Zusammenarbeit. Aus dem im Methodismus so wichtigen biblischen Begriff der »Heiligung« leite sich, so Weiland, auch die Verantwortung für einen angemessenen Umgang mit der Schöpfung ab. Ihm liege daran, »das Bewusstsein für Schöpfungsverantwortung, auch mit Hilfe der Schöpfungs-Leiter, mehr und mehr zu verankern«.

Offener Brief an Bundeskanzler Scholz

Im Rahmen der Dienstvertretung im Referat für diakonische und gesellschaftspolitische Verantwortung hatte Courbains Vorgänger Hans-Martin Renno, jetzt EmK-Pastor in Pforzheim, einen offenen Brief an Bundeskanzler Scholz unterschrieben. Mitte September forderten darin über vierzig zivilgesellschaftliche Organisationen, Klimaschutz zur Chefsache zu machen und dafür zu sorgen, dass ein umfassendes Klimaschutz-Sofortprogramm vorgelegt wird. Das Sofortprogramm müsse den Klimazielen im Klimaschutzgesetz gerecht werden und die Erreichung der Klimaziele im Verkehr bis 2030 durch eine umfassende und konsequente Mobilitätswende sicherstellen. Zusätzliche Maßnahmen mit erheblicher CO₂-Wirkung im Verkehrssektor seien dringend notwendig.

Weiterführende Links

Umweltgerechtes Handeln in Kirche und Gemeinde: www.emk.de/kirche/umweltgerechtes-handeln

Umwelt-Zertifizierungsprogramm Schöpfungs-Leiter: www.schoepfungsleiter.de

Offener Brief an Bundeskanzler Olaf Scholz [siehe Anhang]

Der Autor

Klaus Ulrich Ruof ist Referent für Öffentlichkeitsarbeit und Pressesprecher für die Evangelisch-methodistische Kirche in Deutschland mit Sitz in Frankfurt am Main. Kontakt: oeffentlichkeitsarbeit@emk.de.



An
Herrn Bundeskanzler Olaf Scholz
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Berlin, 14. September 2022

Bevorstehendes Klimaschutz-Sofortprogramm: zusätzliche Maßnahmen mit erheblicher CO₂-Wirkung im Verkehrssektor dringend notwendig

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Scholz,

unlängst hat der Expertenrat für Klimafragen dem Sofortprogramm des Bundesverkehrsministeriums ein vernichtendes Zeugnis ausgestellt: Es sei „schon im Ansatz ohne hinreichenden Anspruch“ und erfülle „nicht die Anforderung an ein Sofortprogramm“. Im Gegenteil führe es zu einer kumulierten Erfüllungslücke von 261 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente bis zum Jahr 2030.

Es ist offenkundig, dass es weitere klimapolitische Maßnahmen mit erheblicher CO₂-Minderungswirkung braucht, um eine jährlich neue Zielverfehlung des Verkehrssektors zu verhindern und die Zielerreichung für das Jahr 2030 sicherzustellen.

Leider können wir bislang nicht erkennen, dass der Bundesverkehrsminister entsprechende Instrumente und mögliche Ausgestaltungsvarianten erarbeiten lässt. Dabei hat sich die gesamte Bundesregierung im Koalitionsvertrag und per Gesetz dazu verpflichtet, konkrete und ausreichend wirksame Maßnahmen auszugestalten und zu implementieren. Das Klimaschutz-Sofortprogramm bietet nun die Chance, dies umzusetzen.

Der Koalitionsvertrag bekräftigt, dass alle Sektoren ihre Emissionen senken müssen. Mit rund einem Fünftel der Emissionen Deutschlands ist der Verkehrssektor zentral für die Erreichung der Klimaziele. Er ist der einzige Sektor, der seit 1990 seine Emissionen nicht nennenswert verringern konnte. Für das Erreichen des Sektorziels 2030 ist fast eine Halbierung der Verkehrsemissionen gegenüber 2019 notwendig.

Dafür braucht es erhebliche Veränderungen in allen Bereichen der Mobilität: Die Verlagerung von Verkehr auf den ÖPNV, Fuß- und Radverkehr und beim Güterverkehr von der Straße auf die Schiene muss mit Entschlossenheit und ausreichender Finanzierung vorangetrieben werden.

Ebenso braucht es einen schnelleren Hochlauf der Elektromobilität in allen Bereichen. Dies lässt sich nicht wie bislang allein durch kostenintensive Subventionen für E-Autos herbeifördern. Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern werden in Deutschland klimaschädliche Verbrenner mit hohen Emissionswerten noch immer subventioniert und zu gering besteuert. Es braucht eine ökologisch ausgerichtete Steuerpolitik, die eine Lenkungswirkung hin zu klimafreundlichen und nachhaltigeren Autos und weg von Verbrennern entfaltet.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, Ihre Partei hat in der letzten Legislaturperiode das Klimaschutzgesetz maßgeblich gestaltet und auf den Weg gebracht. Eine Aufweichung der Sektorziele, mit dem sich der Verkehrsbereich aus der Verantwortung stellen könnte, ist nicht hinnehmbar. Im Koalitionsvertrag ist klar geregelt, dass jeder Sektor einen Beitrag leisten muss. **Wir fordern Sie auf, machen Sie Klimaschutz zur Chefsache und sorgen Sie dafür, dass im September ein umfassendes Klimaschutz-Sofortprogramm vorgelegt wird, das den Klimazielen im Klimaschutzgesetz gerecht wird und die Erreichung der Klimaziele im Verkehr bis 2030 durch eine umfassende und konsequente Mobilitätswende sicherstellt.**

Für den Verkehrssektor sind dabei unter anderem folgende Maßnahmen unverzichtbar:

- **Abbau und ökologische Umgestaltung der Dienstwagenbesteuerung:** Die Dienstwagenbesteuerung muss klimafreundlich umgestaltet und gleichzeitig muss das Dienstwagenprivileg sozial gerecht abgebaut werden. Die **1-Prozent-Regelung** für Verbrenner und die **0,5-Prozent-Regelung** für Plug-in-Hybride müssen deutlich erhöht und ökologisch ausgerichtet werden. Zusätzlich müssen die **Abschreibungsmöglichkeiten** für diese Fahrzeuge schrittweise beendet werden. Zwei von drei neuen Autos werden in Deutschland als Firmenwagen zugelassen, die hohe Steuervorteile genießen. Gleichzeitig sind diese Autos für drei Viertel der CO₂-Emissionen von Neuwagen verantwortlich, weil sie oft emissionsintensive Verbrenner sind. Eine ökologische Reform der 1-Prozent-Regelung und der Abschreibungen könnte den Markthochlauf von vollelektrischen Firmenwagen schon kurzfristig ankurbeln, die CO₂-Emissionen senken, sie ist kosteneffektiv und sozialverträglich.
- **Eine CO₂-basierte Neuzulassungssteuer, die als Bonus-Malus-System einmalig bei der Erstzulassung von Verbrennern erhoben wird,** ist hochwirksam, um klimaschonende Neuwagen zu befördern: In allen Ländern mit einer solchen Besteuerung liegen die durchschnittlichen CO₂-Emissionen bei Neuwagen niedriger als in Deutschland. Um die Emissionen rasch zu reduzieren und den Markthochlauf von E-Autos zu beschleunigen, sollte die Bundesregierung eine nach CO₂-Emissionen gestaffelte Neuzulassungssteuer in Anlehnung an das niederländische Modell einführen. Während in Deutschland im Jahr 2020 gut 16 Prozent der Neuwagen besonders klimaschädlich waren, betrug deren Anteil in den Niederlanden weniger als drei Prozent.
- **Nachfolgeregelung für das 9-Euro-Ticket:** Das 9-Euro-Ticket war mit rund 52 Millionen verkauften Fahrscheinen und rund 1,8 Millionen Tonnen eingespartem CO₂ auch klimapolitisch ein enormer Erfolg. Es zeigt eindrücklich, dass der ÖPNV dann attraktiv ist, wenn er günstig und einfach zu nutzen ist. Umso entscheidender ist, dass die Nachfolgeregelung des 9-Euro-Tickets zeitnah umgesetzt wird. Ein dauerhaft bundesweit gültiges Nah- und Regionalverkehrsticket ermöglicht erschwingliche Mobilität für alle und erlaubt, mehr Wege klimafreundlicher zurückzulegen. Um Gelegenheitsnutzende zu einem dauerhaften Umstieg zu bewegen und einen merkbaren Klimaeffekt zu bewirken, sollte es deutlich günstiger als

bestehende Tarife sein und muss zudem auch Menschen mit niedrigem Einkommen soziale Teilhabe ermöglichen. Dafür sollte sich der Bund mit aller Kraft und den notwendigen finanziellen Mitteln einsetzen. Um ein solches Ticket und den dringend notwendigen Kapazitätsausbau an Zügen und Infrastruktur zu finanzieren, müssen die klimaschädlichen Subventionen im Verkehrssektor endlich gestrichen werden.

Wir fordern Sie auf, Ihr Versprechen einer Klimakanzlerschaft einzulösen. Nehmen Sie den Bundesverkehrsminister und das gesamte Kabinett in die Verantwortung, das Klimaschutzgesetz einzuhalten und dazu effektive und schnell wirksame Maßnahmen vorzulegen. Die notwendige Ernsthaftigkeit bei der Umsetzung geeigneter Maßnahmen ist mehr denn je geboten. Bitte, sorgen Sie dafür, dass noch im September das seit Monaten verzögerte Klimaschutz-Sofortprogramm vorgelegt wird und setzen Sie sich besonders im Bereich Verkehr für die notwendigen Maßnahmen ein.

Für weiterführende Gespräche stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Stef Cornelis
Direktor Deutschland
Transport & Environment



Dr. Christiane Averbeck
Geschäftsführende Vorständin
Klima-Allianz Deutschland



Martin Kaiser
Geschäftsführender Vorstand
Greenpeace



Christoph Heinrich
Vorstand
WWF Deutschland



Christoph Bals
Politischer Geschäftsführer
Germanwatch



Leif Miller
Bundesgeschäftsführer
Naturschutzbund Deutschland



Brick Medak
Leiter Berlin
E3G



Kerstin Haarmann
Bundesvorsitzende
Verkehrsclub Deutschland



Carolin Schenuit
Geschäftsführende Vorständin
FÖS



Eva Maria Welskop-Deffaa
Präsidentin
Deutscher Caritasverband



Kai Niebert
Präsident
Deutscher Naturschutzring



Arndt von Massenbach
Geschäftsführer Politik
INKOTA-netzwerk



Dr. med. Christian Schulz
Geschäftsführer
**KLUG - Deutsche Allianz
Klimawandel und Gesundheit**



Dr. Katharina Reuter
Geschäftsführerin
**Bundesverband Nachhaltige
Wirtschaft**



Dr. Klaus Reuter
Geschäftsführer
**Landesarbeitsgemeinschaft
Agenda 21 NRW**



Dieter Bürbach
Stv. Vorsitzender
B.A.U.M.



Anna Schwanhäußer
Geschäftsführende Vorständin
Together for Future



Sabine Terhaar
Geschäftsführende Vorständin
fairPla.net



Anja Ostermann
Vorstandsvorsitzende (komm.)
BildungsCent



Mechthild Heil
Bundesvorsitzende
**Katholische Frauen-
gemeinschaft Deutschland**



Klaus Breyer
Institutsleiter
**Evangelische Kirche von
Westfalen**



Sören Fencher
Stv. Vorsitzender
POW Germany



Dr. Martin Köppel
Geschäftsführer
Protect the planet



Prof. Dr. Herrmann E. Ott
Vorsitzender des Vorstands
Client Earth – Anwälte der Erde



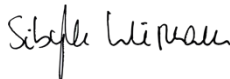
Jan Plagge
Präsident
Bioland



Michael Schröder-Schulze
Schatzmeister
Bürgerlobby Klimaschutz



Anja Westermann
Stv. Vorsitzende
foodsharing



Sybille Wiesemann
Umweltbeauftragte
Evangelische Kirche der Pfalz



Andreas Luttmmer-Bensmann
Bundesvorsitzender
**Katholische Arbeitnehmer-
Bewegung Deutschlands**



Werner Kiwitt
Geschäftsführer
artefact



Arne Dunker
Vorstand
Deutsche KlimaStiftung



Baraa Abu El Khair
2. Vorsitzender
NourEnergy



Boris Hekele
Vorstand
Changing Cities



Helena Geißler
Klimaschutzreferentin
Netzwerk Klimaherbst



Kerstin Blum
Geschäftsführerin
**Stiftung Gesunde Erde –
Gesunde Menschen**



Gülcan Nitsch
Geschäftsführerin
**Yeşil Çember - ökologisch
interkulturell**



Udo Gattenlöhner
Geschäftsführer
Global Nature Fund

Außerdem zeichneten diesen Brief: Gregor Podschun, Bundesvorstand des Bund der Deutschen Katholischen Jugend; Hans Martin Renno, stv. Ausschussvorsitzender der Evangelisch-methodistische Kirche - Süddeutsche Jährliche Konferenz (EmK-SJK); Miese Park, Geschäftsführerin der Deutschen Gesellschaft für Systemische Therapie, Beratung und Familientherapie; Melissa Jäckel, Vorständin der Klimadelegation; Sarah Louis Montgomery von GenderCC – Women for Climate Justice; Maritta Strasser, Bundesgeschäftsführerin von NaturFreunde Deutschlands.